Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 8. Oktober bis 24. November 2021[33]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
18. November 2021	EK	Staatliche Beihilfen: Befristeter Covid-19-Rahmen um sechs Monate verlängert Die EK traf die Entscheidung, den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in der Coronakrise bis zum 30. Juni 2022 auszudehnen. Ursprünglich wäre er mit Jahresende ausgelaufen. Somit haben die Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit, zielgerichtete und verhältnismäßige staatliche Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen bereitzustellen.
12. November 2021	EZB	EZB ernennt Doris Schneeberger zur Direktorin für Banknoten Die Österreicherin Doris Schneeberger wird die Gesamtstrategie der Direktion mitgestalten. Die Direktion Banknoten ist für die Koordinierung und Überwachung der banknotenbezogenen Entwicklungen innerhalb des Eurosystems und mit Dritten zuständig. Doris Schneeberger tritt ihr Amt am 1. Februar 2022 an. Vor ihrem Wechsel in die EZB 2015 war Frau Schneeberger in verschiedenen Funktionen in der OeNB tätig.
9. November 2021	ECOFIN Rat	Wirtschaftspolitische Steuerung, wirtschaftliche Erholung und Europäisches Semester Es erfolgte ein Gedankenaustausch über die Wirtschaft in der EU nach der COVID-19-Pandemie und über mögliche Auswirkungen auf die wirtschaftspolitische Steuerung. Außerdem wurden die Schlussfolgerungen über die Zukunft des Europäischen Semesters verabschiedet. Darin wird für den Zyklus im Jahr 2022 eine rasche Rückbesinnung auf die zentralen Aspekte des Europäischen Semesters, insbesondere die Länderberichte, strukturelle und fiskalische länderspezifische Empfehlungen sowie Überwachung von makroökonomischen Ungleichgewichten gefordert.
2. November 2021	EZB	EZB ernennt Cornelia Holthausen zur Generaldirektorin für Makroprudenzielle Politik und Finanzstabilität Die Generaldirektion ist für Analysen und Empfehlungen zu den Themen makroprudenzielle Politik, Finanzstabilität,

[33] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Alexandra Bernhard (Abteilung für Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Finanzmarktregulierung und Finanzaufsicht zuständig. Cornelia Holthausen tritt ihr Amt am 1. Dezember 2021 an.
27. Oktober 2021	EK	EK Legislativvorschlag zum „Bankenpaket 2021“ Die EK nahm eine überarbeitete Fassung der EU-Bankenvorschriften (Eigenkapitalverordnung und Eigenkapitalrichtlinie) an. Mit diesen neuen Vorschriften wird sichergestellt, dass die Banken in der EU besser für mögliche wirtschaftliche Schocks gewappnet werden und gleichzeitig einen Beitrag zur Erholung Europas von der COVID-19-Pandemie und zum Übergang zur Klimaneutralität leisten. Mit dem vorgelegten Paket soll die Umsetzung der Basel-III-Vereinbarung in der EU abgeschlossen werden. Im nächsten Schritt folgt die Diskussion des Legislativvorschlags durch das Europäische Parlament und den Rat.
25. Oktober 2021	EZB	EZB stellt Mitglieder der Digital Euro Market Advisory Group vor Die 30 neuernannten Mitglieder der „Digital Euro Market Advisory Group“ werden das Eurosystem unabhängig und in persönlicher Funktion in Bezug auf die mögliche Gestaltung und Ausgabe eines digitalen Euro aus Unternehmensperspektive beraten. Gegenstand der Beratungen wird auch sein, welchen Mehrwert ein digitaler Euro allen Akteuren in der vielfältigen Zahlungsverkehrswelt des Euroraums bieten könnte. Die Gruppe soll ab November 2021 mindestens vierteljährlich zusammenkommen.
19. Oktober 2021	EK	Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung Die EK zog Bilanz über die durch die COVID-Krise veränderten Rahmenbedingungen. Im Zentrum der Diskussionen stand, wie Europa tragfähige öffentliche Finanzen gewährleisten, makroökonomische Ungleichgewichte verhindern, bestehende Vorschriften vereinfachen sowie deren Durchsetzung verbessern könnte. Die EK-Mitteilung enthält keine Vorschläge für eine Überarbeitung der EU-Fiskalregeln, jedoch wurden Stakeholder eingeladen, im Rahmen einer öffentlichen Konsultation ihre Meinung bis zum 31. Dezember 2021 einzubringen. Im Laufe des kommenden Jahres wird die EK ihre Vorschläge auf Basis der Konsultationsergebnisse für mögliche Änderungen des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung ab 2023 darlegen.
13. Oktober 2021	EK	Veröffentlichung der EK Mitteilung zu steigenden Energiepreisen Die von der EK veröffentlichte Mitteilung umfasst ein „Instrumentarium“, das die EU und ihre Mitgliedstaaten nutzen können, um die unmittelbaren Auswirkungen des derzeitigen Preisanstiegs zu bewältigen und die Resilienz gegenüber künftigen Preisschocks zu verstärken. Zu den kurzfristigen nationalen Maßnahmen gehören: Notfall-Einkommensunterstützung für Haushalte, Beihilfen für Unternehmen und gezielte Steuersenkungen. Die EK wird Investitionen in

		erneuerbare Energien und Energieeffizienz unterstützen, mögliche Maßnahmen im Bereich der Energiespeicherung und der Beschaffung von Gasreserven prüfen und die derzeitige Gestaltung des Strommarkts bewerten.
12. Oktober 2021	Rat	23. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine Die Führungsspitzen der EU und der Ukraine begrüßten die im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine erzielten Ergebnisse und den Erfolg der vertieften und umfassenden Freihandelszone. Seit Beginn der Anwendung des vertieften und umfassenden Freihandelsabkommens im Jahr 2016 haben die bilateralen Handelsströme erheblich zugenommen. Die Führungsspitzen kamen überein, die Zusammenarbeit im Rahmen weiter zu verbessern, unter anderem in folgenden Bereichen: • Annäherung der Politik und der Rechtsvorschriften der Ukraine an den europäischen Grünen Deal. • Integration der Energiemärkte und Energiesysteme der Ukraine in den EU-Energiemarkt, Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen. • Fortsetzung des Gastransits über die Ukraine nach 2024, Modernisierung des ukrainischen Gasfernleitungsnetzes und Stärkung der Energieversorgungssicherheit Europas. • Angleichung der Ukraine an den digitalen Binnenmarkt der EU im Rahmen des Assoziierungsabkommens.
12. Oktober 2021	EK	EK emittierte die ersten grünen Anleihen im Wert von 12 Mrd EUR im Rahmen des Next Generation EU-Aufbauplans Die EK plant bis 2026 grüne Anleihen im Wert von 250 Mrd EUR aufzunehmen, um grüne und nachhaltige Investitionen über die Konjunkturprogramme der Mitgliedstaaten zu finanzieren. Davon werden starke Impulse für nachhaltige Finanzmärkte sowie für die Finanzierung einer umweltfreundlicheren Erholung der EU nach der Pandemie ausgehen. Mit den grünen NGEU-Anleihen wird die EU mit Abstand zum weltweit größten Emittenten grüner Anleihen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

12. November 2021	IWF	MD Georgieva gab die Nominierung von Kenji Okamura zum stellvertretenden Geschäftsführer mit Wirkung zum 3. Dezember 2021 bekannt. Er wird die Nachfolge von Mitsuhiro Furusawa antreten, welcher mit Wirkung 30. November zurücktritt. Kenji Okamura ist derzeit in der japanischen Regierung als Sonderberater des Premierministers für internationale Wirtschaftspolitik tätig und gehört in Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik seit mehr als einem Jahrzehnt zu den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern in Japan. In jüngerer Zeit war er einer der führenden Köpfe bei den weltweiten Bemühungen zur

		Bewältigung der COVID-19-Krise, einschließlich der historischen SZR Allokation von 650 Mrd USD im August 2021.
24.Oktober 2021	IWF	Gita Gopinath, Chefökonomin und Direktorin der Forschungsabteilung des Fonds, kündigte die Beendigung ihrer Funktion mit Jänner 2022 und ihre Rückkehr an die Harvard Universität an. Insgesamt war Gita Gopinath drei Jahre lang als erste weibliche Chefökonomin beim IWF tätig. Der IWF wird in Kürze mit einer Suche nach einem/r Nachfolger/in für diese Funktion beginnen.
13. -19. Oktober 2021		Österreich nahm an der IWF Jahrestagung in Form von virtuellen Meetings teil. Im Zentrum der Jahrestagung stand das Meeting des „International Monetary and Financial Committee“ (IMFC) unter dem Vorsitz der schwedischen Finanzministerin Magdalena Andersson. Im IMFC Communiqué wurde die historische SZR-Allokation in Höhe von 650 Mrd USD begrüßt, weiters die Wichtigkeit der 16. Quotenreform betont, welche bis spätestens 15. Dezember 2023 abgeschlossen sein soll. MD Georgieva stellte die Global Policy Agenda vor, mit den Schwerpunkten „Vaccinate; Calibrate; Accelerate“. Weiters fanden die „Early Warning Exercise“ (EWE), ein Regional Briefing des European Departments und ein Treffen der an den „New Arrangements to Borrow“ (NAB) teilnehmenden IWF Mitgliedstaaten statt. Die IWF Frühjahrestagung wird vom 21.-24. April 2022 stattfinden.